



Kreisgruppe Rhein - Sieg

Flächenfraß in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis

BUND NRW fordert Umbau statt Neubau



Foto: Achim Baumgartner

Neue Baugebiete belasten oft die Haushalte der Kommunen, eine Einsicht, die sich erst langsam durchsetzt

Der demographische Wandel ist in aller Munde. Auch die Region Bonn/Rhein-Sieg wird von ihm betroffen sein. In unserer Region werden weniger Familien und wesentlich mehr alte Menschen leben als bisher. Das Land fordert, den Flächenverbrauch deutlich zu reduzieren. Trotzdem fehlt bei vielen Kommunen die entsprechende Einsicht. Mit neuen Einfamilien- und Reihenhaussiedlungen konkurrieren sie um neue Einwohner. Doch die Familien werden rar, der ruinöse Wettbewerb führt zu Leerstand in neuen und alten Baugebieten. Das kostet viel Geld, denn Straßen, Kanäle, öffentlicher Nahverkehr, Schulen und Kindergärten müssen trotzdem gebaut und betrieben werden. Diese Kosten müssen von allen Einwohnern über Steuern und Gebühren bezahlt werden.

Statt neue Baugebiete zu planen, müssten die Gemeinden sich um die bestehenden Strukturen kümmern. Die Autoren erläutern: „Wer jetzt weiter für Wachstum plant, beschleunigt vor einer scharfen S-Kurve. Statt Ausbau brauchen wir Umbau: Wir müssen unsere Städte und Dörfer für einen größeren Anteil älterer Menschen vorbereiten. Dafür brauchen wir nicht neue Wohngebiete, sondern einen altersgerechten Umbau der jetzigen Gebiete. Wir müssen für Betreuungs- und Einkaufsmöglichkeiten sorgen, die zu Fuß erreichbar sind. Das nutzt auch den Familien: Wer in der Nähe einkaufen und arbeiten kann, wer seine Schule gut zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreicht, spart Zeit und Geld. Einfamilienhausgebiete machen ihre Bewohner auto-abhängig und kosten viel Geld für Benzin und Sprit.“

Der Landesverband NRW des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland, kurz BUND, hat diesem Thema eine Broschüre gewidmet. Finanziell unterstützt wurde er dabei durch die NRW Stiftung für Umwelt und Entwicklung. Das jetzt vorliegende, 67-Seiten starke Heft wird in diesen Tagen an alle Rats- und Kreisratsmitglieder in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis

(alle Gemeinden) als Entscheidungshilfe ausgeliefert. Unter dem Titel „Zukunftsregion Bonn/Rhein-Sieg-Kreis? - Fragen und Antworten des BUND“ widmet es sich anschaulich und mit vielen Graphiken der Stadtentwicklung, zukünftigen Wohnformen und den Kosten der Siedlungsstrukturen. Das Autorenteam aus Stadtplanern, Geographen und Landschaftsplanern stellt heraus, dass die von manchen Gemeinden angesetzten Grundlagen, z.B. aus der empirischen Studie, höchst fraglich und als Grundlage für Entscheidungen nicht belastbar sind.

Die Broschüre „Zukunftsregion Bonn/ Sankt Augustin?“ steht jetzt, wegen der großen Nachfrage, auch als Download im Internet zur Verfügung. Gehen Sie dazu auf unsere Homepage www.bund-rsk.de. Dort finden Sie auch etliche weitere Informationen über die Naturschutzarbeit des BUND.



Deckblatt der BUND Publikation: "Zukunftsregion Bonn / Rhein - Sieg?"

bioladen

HUBER

Jetzt noch mehr Genuss

... in der Bonner City

Münsterstraße 18
(in der Cassius Basten)
T: 0228 633 307

Öffnungszeiten:

Mo - Fr: 9.00 - 19.00 Uhr
Sa: 9.00 - 18.00 Uhr

Deutsches Weizen aus ökologischem Anbau
in „La Tante Lottje“

Öffnungszeiten: Mo-Sa 11-20Uhr
Hauptstr. 28, 53111 Bonn - Altstadt
www.rheinwein-bonn.de



www.siebengebirgsregion.de

Position des Vereins Lebenswerte Siebengebirgsregion e.V.

Ja oder Nein zum Nationalpark?

Wer diese Frage pauschal beantworten kann, ist unglaublich, denn es kommt auf das Wie an. Der Verein Lebenswerte Siebengebirgsregion stellt die folgenden Kriterien auf.

Den überörtlichen Verkehr aus dem Nationalparkgebiet verbannen:

Wenn der Naturschutz verbessert werden soll, dann muss auch der Verkehr durch das Naturschutzgebiet verringert werden. Der regionale Verkehr muss das Gebiet des Nationalparks auf den Autobahnen umfahren und die Wohngebiete verschonen. Die dabei entstehenden Mehrwege sind zumutbar.

Den örtlichen Verkehr sinnvoll leiten:

Der Autobahnanschluss Maarstraße in Beuel-Pützchen, der bald fertig ist, kann einen Großteil des Verkehrs aufnehmen, der sich an der Oberkasseler Straße/Pützchens Chaussee zur Verbindung mit der Südbrücke staut. Der Anschluss der Südbrücke an die Oberkasseler Straße muss geschlossen und zurückgebaut werden. Der Verkehr kann über den Anschluss Landgrabenweg oder den Anschluss Maarstraße auf die Südbrücke geführt werden.

Das Naturschutzgebiet im nördlichen Teil erweitern und arrondieren:

Flächen auf der Hochebene zwischen Vinxel, Oberholtorf, Ungarten und Hoholz sowie im Lauterbachtal und auf der Kasseler Heide zwischen Vinxel, Oelinghoven und Heisterbacherrott müssen in den Nationalpark integriert werden, um Landschaftsschutz und Naturschutz zu gewährleisten.

Den Nationalpark im Biotopverbund entwickeln, Wohnumfeld nachhaltig aufwerten:

Wirtschaftslobby und Kommunen müssen aufhören, die Lebensqualität im Umfeld des

Siebengebirges zu bedrohen. Die Südtangente gehört auf den Müllplatz der Geschichte wie auch die Gewerbeplanung Dachsberg / Rottbitze an der A 3. Der Nationalpark verdient seinen Namen nicht, wenn die ihn umgebenden Naturschutzflächen Heisternbüsch, Hühnerberg, Eudenberg, Komper Heide, Flugplatz, Dachsberg und die rheinland-pfälzischen Naturflächen nicht respektiert und nicht in den Biotopverbund mit dem Nationalpark integriert werden.

Die expansive Siedlungspolitik in Königswinter einschränken:

Die Stadt Königswinter zieht seit Jahrzehnten neue Einwohner an, die ihre Arbeitsplätze in Bonn haben. Dafür werden immer mehr Teile des Naturparks und der Landschaftsschutzgebiete zur Bebauung freigegeben. Das muss aufhören, um die Belastung des künftigen Nationalparks zu verringern.

Den örtlichen Individualverkehr durch ÖPNV verringern:

Im Buskonzept 2008 der Stadtwerke Bonn fehlt nach wie vor die seit Jahren geforderte und überfällige Abstimmung mit der Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft. Die RSVG muss ihre Buslinien näher am Bedarf orientieren, zum Beispiel die Verbindungen von den Bergorten zur Schiene an Rhein und Sieg stärken.

Naturschutz vor Tourismus. Den Naherholungswert des Siebengebirges erhalten:

Wir fordern sanften und nachhaltigen Tourismus, der Rücksicht auf die Natur nimmt und der hohen Qualität dieser einzigartigen Kulturlandschaft entspricht sowie die Belastungen für Mensch und Natur minimiert. Wir lehnen jedoch Rummel- und Event-Tourismus, die unsere herrliche Landschaft stören und als Kulisse zum Geldscheffeln missbrauchen, ab. So etwas passt nicht in einen Nationalpark.

Nationalpark Siebengebirge ohne Biotopverbund mit dem Umland

Nationalpark-Projekt verliert Glaubwürdigkeit

Auf Unverständnis in der Bevölkerung stößt die Rodung von 12 Hektar Feucht- und Bruchwaldflächen am Dachsberg in Bad Honnef. Die ökologisch hochwertige Fläche liegt am Ostrand der A 3 und bildet eine Wald-Brücke zum Siebengebirge mit den westlich der A 3 liegenden Waldflächen zwischen Rottbitze und der Landesgrenze zu Rheinland-Pfalz. Der geplante Nationalpark Siebengebirge verliert damit seine Biotopverbundflächen nach Osten.

zerstört Naturschutzflächen und durchschneidet den Biotopverbund zum Siebengebirge. Gewerbliche Betriebe hätten umweltfreundlicher zwischen der Kläranlage Aegidienberg und dem Gewerbegebiet Rottbitze westlich der A 3 angesiedelt werden können. Dort ist das Gelände topografisch ungünstiger für den Straßenbau, aber günstig für den Kanalbau. „Die Rodung ist ein Akt mutwilliger Naturzerstörung“, erklärte Jürgen Maier, Vorsitzender des Vereins Lebenswerte Siebengebirgsregion e.V.

Initiator der Rodung ist die Stadtverwaltung Bad Honnef, unterstützt vom Rhein-Sieg-Kreis. Verantwortlich sind dieselben Politiker, die sich soeben noch für die Errichtung eines Nationalparks im Siebengebirge ausgesprochen haben.

Politisch fragwürdig ist die Waldrodung zumal im Hinblick auf die UN-Konferenz zur Biodiversität im Mai dieses Jahres in Bonn, bei der die Welt in unserer Region zu Gast ist. Der Kahl-schlag zeigt überdeutlich den niedrigen Stellenwert, den das Leitthema der Konferenz, die Artenvielfalt, in der Region Rhein-Sieg genießt.

Bürokratisch ist alles in Ordnung. Der im Regionalplan festgesetzte Schutz der Landschaft wurde rechtzeitig aufgehoben, das Landschaftsschutzgebiet ebenfalls, und die Beseitigung der unter gesetzlichem Schutz stehenden hochwertigen Biotope hat der Kreis genehmigt.

Die verantwortlichen Politiker, allen voran Naturschutzminister Uhlenberg, sind aufgerufen, die Notbremse zu ziehen. Der ökologische Wert der Rodungsfläche könnte mit einfachen Mitteln wieder hergestellt werden, aus dem Stockausschlag der gefälltten Bäume könnte sich eine Wiederbewaldung der Fläche entwickeln. Doch dazu wäre die Einsicht der Politiker erforderlich. Zweifel sind angebracht, ob sich die Politik dazu durchringt.

Doch es geht um mehr! Es geht um die Glaubwürdigkeit der Politik, denn die Rodung ist nicht vereinbar mit dem Nationalpark-Projekt. Sie

Tun Sie etwas Gutes für Ihre Region: Werden Sie Mitglied bei uns!

Wir vertreten auch Ihre Interessen.

Telefon: 0175-5927287